Jan Křen

Die böhmischen Länder in der Krise von 1870/71

Während der Beitrag von Heinrich Lutz die großen Linien der Außenpolitik der Habsburger Monarchie nachgezeichnet hat, die vom Hof, der deutschliberalen Verfassungspartei und der ungarischen Regierung mitbestimmt wurden, soll im vorliegenden ergänzenden Beitrag auf die böhmischen Länder und insbesondere auf die tschechischen Reaktionen zur deutschen Frage eingegangen werden. Die böhmischen Länder waren zweifellos nur Provinz, die Position der Tschechen hatte gegenüber dem Austrodeutschtum, an dessen politischem Leben die Deutschen aus Böhmen maßgeblich partizipierten, nur ein vergleichbar geringes Gewicht. Aber die Beschreibung der von den tschechischen Gruppierungen und Parteien eingenommenen Positionen kann verdeutlichen, auf wie viele innere Faktoren die Außenpolitik der Habsburger Monarchie Rücksicht zu nehmen hatte und wie viele divergierende nationale Interessen zu bündeln waren.

Die Tschechen waren umschlossen von deutschen Siedlungsgebieten, ihr Territorium war zudem bis 1866 staatsrechtlich ein Teil des Deutschen Bundes. Daher war die deutsche Frage eines der zentralen Probleme der tschechischen Politik. Zwei recht gegensätzliche Positionen lassen sich gegenüber der Politik Preußens in den sechziger Jahren beobachten. Der linke, liberal-demokratische Flügel, die sog. Jungtschechen, sah im kleindeutschen Modell liberaler Gestalt eine hoffnungsvolle Chance zur Demokratisierung in Europa überhaupt. Der klerikal-aristokratische Flügel, der nur bedingt zum national-tschechischen Lager zu rechnen ist, unterstützte in der deutschen Frage hingegen die Wiener Politik. Die Mehrheit der tschechischen Nationalen Partei, die sog. Alttschechen, die im Wiener Großdeutschtum schon längst ihren Hauptwidersacher sah, betrachtete die österreichisch-preußische Rivalität mit gemischten Gefühlen. War das Preußenbild in Österreich negativer als im Westen, so war die antipreußische Haltung der tschechischen Öffentlichkeit insgesamt noch ausgeprägter. Letzten Endes gab hier das nationale Motiv den Ausschlag. Die traditionelle Sichtweise Deutschlands war schon im Jahre 1848 erschüttert worden. Seither erschienen die Deutschen den Tschechen zum ersten Mal als eine potentielle Gefahr, welche die Ängste vor der zarischen „Universal-Monarchie“ allmählich verdrängte. Die traumatisierende Projektion vom „Tode in den Fluten des deutschen Meeres“ wurde seitdem zu einer Dominante tschechischen Denkens.

Diese Einstellung wurde durch den preußischen Verfassungskonflikt nur noch

bestärkt. Gegenüber Bismarck war die Haltung aller tschechischen Richtungen von Anfang an negativ. Auch die Jungtschechen, enttäuscht von der Schwäche des preußischen Liberalismus, kehrten politisch in den Schoß der Nationalpartei zurück. Die politische Elite hatte die Zukunft der tschechischen Nation ohnehin nur im Rahmen der Habsburger Monarchie gesehen, die jedoch in einen Bund kleiner Völker Ostmitteleuropas umstrukturiert werden sollte. Diese Ausrichtung wurde durch den Kampf um die Einigung Deutschlands nur noch verstärkt. Deshalb wurde die Loyalität der Tschechen gegenüber der Monarchie erheblich belastet, als diese um die Hegemonie in Deutschland kämpfte. Denn die Verbindung Österreichs mit Deutschland erschien als ein Hindernis für die gewünschte Umgestaltung der Donaumonarchie. Daher forderte man die Aufhebung der staatsrechtlichen Bindungen auch der böhmischen Länder an den Deutschen Bund. Denn in dieser Bindung sah man eine der Hauptstützen der deutschen Dominanz in Österreich im allgemeinen und in den böhmischen Ländern im besonderen. Der preußisch-österreichische Konflikt zwang die tschechische Politik zur Entscheidung – zugunsten der Monarchie. Obwohl die „Bruderkriegs-These“ und die Perspektive eines österreichischen Triumphes unter den Tschechen keine Begeisterung hervorrief, war die tschechische öffentliche Meinung am Vorabend des Krieges österreichisch-patriotisch. Eine Ausnahme bildeten lediglich die radikal-demokratischen Emigranten um J. V. Frič. Ähnlich der magyarischen Emigrationsbewegung bemühten er und seine wenigen Anhänger (Fürst R. Thurn-Taxis und andere) sich darum, die Diversionen Bismarcks gegenüber Wien auszunutzen. Im Sieg der Preußen sah diese Fraktion eine Chance für die Verwirklichung ihrer Vision von einem selbständigen und neutralen tschechischen Staat. Er sollte eine ähnliche Brücke zwischen Slaven und Germanen bilden wie die Schweiz oder Belgien zwischen Romanen und Germanen. Vergebens warben sie um die Unterstützung durch die Jungtschechen. Diese aber teilten mit der gesamten tschechischen Öffentlichkeit die – nicht unberechtigte – Angst vor einer preußischen Annexion. Wie der Krieg von 1866 erneut zeigte, waren die Geschicke der Deutschen und der Tschechen unauflöslich miteinander verbunden: Der erste Akt des Kampfes um die Vereinigung Deutschlands spielte sich in Böhmen ab, und der erste Anlauf zu einer tschechischen staatlichen Unabhängigkeit stand in einer paradoxen Verbindung mit Bismarck.

Die österreichische Niederlage erschütterte die Tschechen nicht so tief wie die Austrodeutschen. Der deutsche Nationalstaat im weiten Norden, der föderativ sein sollte, und die vermeintliche Selbständigkeit der süddeutschen Staaten erschienen den Tschechen kaum als eine akute Gefahr. Die Verdrängung der Monarchie aus Deutschland, die zugleich die staatsrechtliche Zugehörigkeit der böhmischen Länder zu Deutschland beendete, nahm die tschechische Seite mit unverhohlener Zufriedenheit zur Kenntnis. Aufflammende Hoffnungen auf eine föderative Umgestaltung der Monarchie wurden jedoch bald enttäuscht. Obwohl die liberalen Reformen nach 1866 für die Tschechen nicht ohne Nutzen waren, rief der Dualismus

jedoch einen Sturm der Entrüstung hervor. Die tschechische Führung griff wieder auf das maximale staatsrechtliche Programm (Trialismus) und auf die Taktik des passiven Widerstandes (Boykott aller zisleithanischen Institutionen) zurück. Demonstrativ bemühte man sich wieder um die Unterstützung Rußlands und Frankreichs. Die böhmischen Länder wurden damals zum Schauplatz mächtiger Manifestationen der Opposition. An den Protestkundgebungen, den sog. *tábory*, nahmen in den Jahren 1868 bis 1871 Hunderttausende teil. Diese Bewegung wurde von neuen demokratischen Kräften geführt und bezog auch die bisher passiven Bauern und Arbeiter mit ein. Dabei fiel den Selbstverwaltungsorganen eine große Rolle zu. Sie waren während der preußischen Besetzung an die Stelle der österreichischen Behörden getreten und hatten dadurch an Bedeutung und Selbstbewußtsein gewonnen. Diese *tábory* verfehlten auch in Wiener Hofkreisen ihre Wirkung nicht. Dem nachgezogenen Ausgleich mit den Tschechen (1871) leistete die deutsch-liberale Regierung heftigen Widerstand. Aber der Ausgleich gewann im Zusammenhang mit den französisch-preußischen Spannungen an Dringlichkeit. Hier zeigte sich wieder der Zusammenhang zwischen der deutschen Frage und der Lösung des tschechischen Problems in Österreich.

Auch um 1870 war die Haltung der tschechischen Politik weder eindeutig noch einheitlich. Das nationale Interesse konnte sich nur bedingt mit dem Frankreichs oder Preußens identifizieren. Die Presse *Skrejšovskýs*, eines der bedeutendsten tschechischen Führer, den seine Abneigung gegenüber Österreich schon 1866 in die Nähe der *Frič*-Gruppe gerückt hatte, gab jetzt die Losung aus, daß der Sieger an der Seine den Tschechen gefährlicher sei als der Sieger an der Oder¹. Die anderen Führer, besonders die Jungtschechen, neigten eher zu Frankreich. Sie nahmen an, daß der preußische Triumph die Unnachgiebigkeit der Austrodeutschen stärken werde. Das bonapartistische Regime stand aber immer unter dem Verdacht, es wolle im Falle eines Sieges „in die alten Bahnen von vor 1866“ zurücklenken und die „deutsche Mission“ Österreichs erneuern. Dies wäre mit dem Interesse der Tschechen kaum in Einklang zu bringen gewesen².

Bereits nach den ersten Wochen nahm in den Augen der Tschechen der deutsch-französische Krieg auf preußischer Seite einen zunehmend aggressiver und abstoßender werdenden Charakter an. Eine deutsche Zeitung in Prag schrieb: Jetzt müßten sich die tschechischen Führer „als Mitgeschlagene fühlen ... und wähnen, daß das künftige deutsche Kaiserreich schon morgen anfangen wird, die tschechische Nation mit Feuer und Schwert auszurotten“³. Abscheu und zugleich Respekt vor der preußischen Kriegsmaschinerie steigerten sich besonders, nachdem die Mainlinie aufgehoben worden war. Aber dann beruhigte sich die tschechische Öffentlichkeit mit dem Hinweis auf die anderen europäischen Mächte, die

¹ „Politik“ v. 21., 24., 28. 7. 1870.

² „Politik“ v. 17. 7. 1870; „Pokrok“ v. 12., 14. 8. 1870; „Národní listy“ v. 21., 23. 7. 1870.

³ „Tagesbote aus Böhmen“ v. 13. 8. 1870.

sich „um die Bewahrung des Gleichgewichtes sorgen werden“⁴. Bei den Altschechen überwogen dabei Hoffnungen auf Rußland; die Jungtschechen richteten ihre Blicke eher auf die französische Republik; deshalb wurde die Pariser Commune hier nicht so scharf beurteilt.

Am Vorabend der Gründung des Deutschen Reiches hielt es das führende Gremium der Tschechen, der Abgeordnetenclub, für nützlich, seine Einstellung öffentlich bekanntzumachen. In einer feierlichen Erklärung, die alle tschechischen Zeitungen am 11. 12. 1870 abdruckten, wurde zwar das Recht der Deutschen auf staatliche Einheit unter der Bedingung freiwilliger Zustimmung der betroffenen „Stämme“ anerkannt, gleichzeitig aber die Sympathie für das unterlegene Frankreich betont und vor preußischen Annexionen gewarnt. Die Grundlage des Dokuments war das moderne Prinzip des nationalen Selbstbestimmungsrechtes. Damit bezog sich dieses Dokument auf die inneren Verhältnisse der Monarchie, denn „Österreich [sollte] auf der Grundlage der freien Selbstbestimmung umgestaltet“ werden. Damit wollte man die Lösung der tschechischen Frage auf die Tagesordnung setzen.

Nachdem die Hoffnungen auf Revanche für Sadowa begraben waren und Österreich-Ungarn gezwungen war, sich mit Berlin zu arrangieren, bemühte sich Wien um eine innere Festigung des Staates gegenüber Deutschland. Die Abneigung der Hofkreise gegen die liberale Regierung erhielt nun neue Impulse: Die Zuverlässigkeit der deutsch-liberalen Partei wurde durch propreußische Tendenzen in ihren Reihen untergraben. Das veranlaßte den Kaiser, Stütze in der bisherigen konservativen, aber österreichisch-patriotischen Opposition zu suchen. Zu dieser Opposition gehörten auch zwei Deutschland benachbarte Völker, die Polen und die Tschechen. Eine teilweise Erfüllung ihrer Hoffnungen sollte diese Völker an Wien binden und einen Damm gegen eventuelle zentrifugale Tendenzen der Austrodeutschen errichten. Die im Rahmen des Dualismus geplante Autonomie Galiziens und Böhmens (Subdualismus) wurde auf einer konservativen Grundlage konzipiert: Sie sollte von den konservativen Kabinetten im Einvernehmen mit den konservativ-aristokratischen Fraktionen durchgeführt werden. Diese standen an der Spitze der polnischen Repräsentation oder hatten sich – wie bei den Tschechen – bereits eine führende Stellung erobert. Der konservative Charakter dieser autonomistischen Reform in Galizien wirkte auf die austrodeutschen liberalen Kreise nicht so negativ wie die gleichgeartete Umgestaltung in Böhmen. Der Grund dafür lag eher in nationalen als in politischen Interessen. „Man kann ... recht gut polonisieren und magyarisieren“, schrieb damals Ignaz Plener, „man kann aber nicht die Deutschen czechisieren.“⁵ Im Gegensatz zu Galizien oder Ungarn wurde die deutsche Dominanz in den böhmischen Ländern und die unge-

⁴ „Pokrok“ v. 12. 8. 1870.

⁵ Paul Molisch (Hrsg.), Briefe zur deutschen Politik in Österreich 1848 bis 1918 (Wien – Leipzig 1934) 75.

störte Verbindung mit den „Sudetendeutschen“ als eine elementare Voraussetzung der nationalen Existenz und Stärke des Austrodeutschtums angesehen. Selbst nach Plener gefährdete daher die Regierung des Grafen Hohenwart mit einigen polnischen und tschechischen Ministern nicht die Deutschen in Österreich, dies um so weniger, als im Rahmen der Autonomie Böhmens ein großzügiger rechtlicher Schutz für die deutsche Minderheit geplant war. Doch das Gefühl der nationalen Schwächung durch die Ereignisse der Jahre 1866–67 einerseits und das durch die preußischen Triumphe wieder auflebende Selbstbewußtsein andererseits machten die österreichischen Deutschen noch weniger kompromißbereit als früher – zumindest den Tschechen gegenüber. Das Projekt des böhmischen Ausgleichs, die sog. Fundamental-Artikel, scheiterten im Herbst 1871, als die vereinte Front der Gegenspieler mit den liberalen Deutschen und Magyaren an der Spitze Unterstützung von seiten des offiziellen Deutschland erhielt.

Wie üblich war auch in diesem Fall die Politik Bismarcks keineswegs einfach. Gleichzeitig mit der Intervention gegen die Errichtung eines tschechischen Nationalstaates an der Grenze Deutschlands – obwohl eine begrenzte Autonomie Böhmens von einer wirklichen Staatlichkeit sehr weit entfernt war – bestätigte der Kanzler Deutschlands Interesse an der Existenz und Unteilbarkeit der Habsburger Monarchie. Bismarck war immer der Ansicht, daß die Habsburger Monarchie „für Deutschland ein Bedürfnis des Gleichgewichtes in Europa“ sei⁶. Gegenüber der Donaumonarchie gab Bismarck die Saturiertheit Deutschlands fast zehn Jahre früher zu erkennen als gegenüber Frankreich. Das Verhältnis zu Österreich sah er auf der Grundlage von zwischenstaatlichen Beziehungen und auf dem Prinzip der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten begründet. Er sah es nicht national. Zu den Austrodeutschen hatte er ein vergleichsweise kaltes und teilnahmsloses Verhältnis; als Liberale und Katholiken waren sie ihm fremd; darüber hinaus hielt er sie für stark genug, um die Dominanz in der Monarchie zu erhalten.

Bismarcks Überzeugung, daß dieser Teil Europas nur auf der Grundlage der historischen Staaten organisierbar sei – „die Errichtung von kleinen Nationalstaaten im Osten Europas ist unmöglich“⁷ –, hatte zwar eine Distanzierung von „alldeutschen“ Tendenzen unter den Austrodeutschen zur Folge, gleichzeitig bedeutete sie jedoch die Negierung staatsrechtlicher Ansprüche anderer, besonders der slavischen Völker dieser Region, also vor allem der Polen und der Tschechen. *Conditio sine qua non* der Bismarckschen Politik gegenüber der Habsburger Monarchie war die Bewahrung der dualistischen Ordnung. Die Interessenidentität zwischen Deutschland und den produalistischen Kräften in Österreich-Ungarn setzte den staatlichen Emanzipationsbemühungen der nichtdeutschen Völker der Monarchie eine Grenze, die in Zisleithanien durch die Dezemberverfassung von 1867 und

⁶ *Otto von Bismarck, Gedanken und Erinnerungen* (Stuttgart 1959) 466.

⁷ Zit. nach *Friedrich Gause, Deutsch-slawische Schicksalsgemeinschaft* (Würzburg 1967) 245.

einen mehr oder weniger deutsch gefärbten Zentralismus ihren Ausdruck fand. Beide Bedingungen waren ohne Veränderung der Machtverhältnisse in Mitteleuropa nicht zu ändern.

Obwohl die tschechische Elite ihre Möglichkeiten im Rahmen dieser Ordnung – etwa im Sinne der galizischen Autonomie – kaum ausgenutzt hatte, waren die Tschechen die ersten, die an diese Grenze stießen. Es kostete fast zehn Jahre verblichenen passiven Widerstandes, bis die tschechische Politik den Raum erkundet hatte, in dem sie künftig zu agieren hatte, und bis sie die Chancen der nationalen Selbstverwirklichung und Entfaltung auch in diesem Rahmen zu realisieren begann.

Die Geschichte des wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Aufstiegs der Tschechen seit den achtziger Jahren des 19. Jahrhunderts zeigt, daß die Entfaltung der Nationalitäten dieses Raumes durch Restriktionen keineswegs so sehr blockiert wurde, wie oft angenommen wird. Auf diesem Feld sind viele Vorstellungen zu revidieren. So fällt auf, daß sich die Völker oder Volksteile ohne eigenen Staat, wie die Tschechen, die Polen in Posen und im russischen Teilgebiet, rascher entwickelten als jene „Staatsnationen“ – wie die Magyaren oder die galizischen Polen –, deren Energie durch ihre Staatlichkeit in erheblichem Umfang absorbiert wurde. Die verweigerte Staatlichkeit und der Zwang zur Konzentration auf das Feld binnenorientierter Entwicklung, auf den Aufbau und auf die Entfaltung der nationalen Gesellschaft, zeitigten beachtenswerte Erfolge.

Dennoch waren diese Lösungen der Jahre 1866/67, 1871 und 1879 für die meisten kleinen Nationen des Habsburgerreiches auf die Dauer kaum erträglich. Selbst in der Zeit der Sättigung Deutschlands und seiner Interessengemeinschaft mit dem dualistisch verfaßten Österreich-Ungarn gab es unzählige Konflikte. Der Druck der immer kräftiger und reger gewordenen, aber noch immer nicht gleichberechtigten Nationen nahm zu, und die Spannungen wuchsen. Das Verlassen einer Politik relativer Sättigung, besonders im 20. Jahrhundert, führte zu einem qualitativen Umschwung: In einem von Deutschland dominierten Mitteleuropa wurde der Raum für die benachbarten Völker so eingengt, daß sie sich in ihren Lebenschancen bedroht fühlen mußten. Das ohnehin labile Gleichgewicht in Mitteleuropa wurde erschüttert, und die Spannungen richteten sich letzten Endes gegen Deutschland und gegen die Deutschen überhaupt. Dies bedrohte nicht nur die Nachbarn Deutschlands, sondern auch die Deutschen selbst und zerstörte ihre größte Errungenschaft aus dem 19. Jahrhundert – den deutschen Nationalstaat.